



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

238 (24.5.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-203634](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-203634)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., in den übrigen Orten 2,00 M. Durch die Post bezogen 2,50 M. Einzelnummer 10 Pf. Postsendung 1,50 M. in Baden und Nr. 2017 Ludwigshafen am Rhein. Geschäftsstelle L. & S. Geschäfts-Nebenstelle Ludwigshafen, Waldhofstraße Nummer 6. Fernsprecher Nummer 7440, 7441, 7442, 7443, 7444, 7445. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich 365mal.

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile 10 Pf. — ausw. 15 Pf. — Stellungsfläche u. Form. Ausz. 20 Pf. Nachb. Reklame 10 Pf. — Ausw. 15 Pf. — Mittagsblatt vorm. 5 Pf. Abendl. nachm. 2 Pf. Ubr. für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgabem. keine Verantwortl. über. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berücksichtigen zu sein. Erfahrungsregeln (Anzweif. oder beschadete Ausgaben oder für verspätete Aufnahmen von Anzeigen, Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

### Die Anleihebesprechungen in Paris.

#### Hoffnung?

□ Berlin, 24. Mai, (Von unserm Berliner Büro.)

Wie der „Deutschen Wta. Sta.“ gemeldet wird, sind die Verhandlungen zwischen Dr. Hermes und den einzelnen Mitgliedern der Reparationskommission nunmehr zu einem gewissen Abschluß gekommen. Ueber das Ergebnis sollen nähere Mitteilungen erst im Laufe des heutigen Tages gemacht werden. Der Korrespondent der „Deutschen Wgem. Zeitung“ meint aber, daß bei den wichtigsten Fragen der Finanzkontrolle, dem Kapitalfluchtgesetz und einer Beschränkung der Inflation, berechtigte Hoffnung auf Einigung besteht.

#### Verlängerung des Moratoriums?

□ Berlin, 24. Mai. Wie aus Paris gedruckt wird, führt das „Journal des Débats“ in einem offenbar inspirierten Beitrag aus, daß zwischen der Reparationskommission und Deutschland eher eine Verständigung als eine Krise zu erwarten sei. In französischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Reparationskommission zunächst die Verlängerung des vorläufigen Moratoriums beschließen werde. Man glaube in politischen Kreisen nicht, daß die Reparationskommission ein gewolltes Verlangen Deutschlands feststellen und den alliierten Regierungen entsprechende Mitteilungen machen werde. Man betone allerdings, daß die Stellungnahme der Berliner Regierung von Bedeutung sei.

#### Die Voraussetzungen.

□ Paris, 23. Mai. Die Berichte der Blätter über die Verhandlungen zwischen Dr. Hermes und der Reparationskommission lauten zwar noch widersprechend, deuten aber sämtlich an, daß eine Einigung tatsächlich möglich erscheint.

Die „Chicago Tribune“ weiß zu berichten, daß die Reparationskommission gestern anerkannt habe, daß die Vorschläge von Dr. Hermes ihren Forderungen gerecht würden. Die Kommission werde die offiziellen deutschen Vorschläge aber nicht empfangen, bevor das Komitee Organ einige Sitzungen abgehalten habe. Der Grund dazu sei, daß die Reparationskommission und das Komitee Fragen hinsichtlich Deutschlands die gleichen Vorschläge machen würden:

1. Deutschland muß neue Banknotenausgaben einstellen, da dadurch der Marktzurs entwertet und Deutschland in die Unfähigkeit verlegt wird, die Reparationen zu bezahlen.
  2. Deutschland muß sofort seinen Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen, da dadurch seine Valuta sinkt und die Aussichten auf den Abschluß einer Anleihe verberstet würden.
  3. Die deutsche Regierung muß eine gewisse Finanzkontrolle gestatten, entweder durch die Reparationskommission oder durch ein Anleihekomitee.
- Wenn Deutschland die Bedingungen, die vom Komitee Morgen niedergelegt werden, annehmen werde, wie sie es schon von Seiten der Reparationskommission habe, so werde die deutsche Finanzlage sich in gleichem Maße bessern.

□ Paris, 23. Mai. Der „Petit Parisien“ meldet, daß Poincaré in den Unterredungen, die er gestern mit Duhalde, de Lastoyrie u. den Vertretern Frankreichs im Komitee Morgen hatte, die Möglichkeiten einer deutschen äußeren Anleihe besprach.

#### Neue Instruktionen für Hermes.

□ Berlin, 24. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Der Kabinettsrat, der gestern mit einigen Unterbrechungen bis gegen 8 Uhr abends tagte, beschloß, dem Reichsfinanzminister noch gewisse Instruktionen nach Paris zu senden. Ueber den Inhalt dieser neuen Instruktionen wird strengstes Stillschweigen bewahrt.

□ Berlin, 24. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Wie die „Germania“ mitzuteilen weiß, hätte der Kanzler bereits gestern abend die Führer der Reichstagsfraktionen zu persönlichen Mitteilungen über Genua empfangen. Nach der Plenarsitzung hielten die Demokraten, die Mehrheitsfraktion und die Deutsche Volkspartei Fraktionsitzungen ab, in welchen sie sich eingehend über die Reparationsverhandlungen unterhielten. Endgültig werden sich die Parteien natürlich erst nach der Rückkehr von Dr. Hermes aus Paris entscheiden.

#### Das Recht auf Sanktionen.

##### Spitzfindigkeiten oder Unklarheiten?

□ Paris, 23. Mai. „Deuvre“ hat den früheren Minister Rioz befragt, wie das Wort „respectif“ auszulegen sei, das im § 18 des Zusatzes II des 8. Abschnittes des Vertrags steht und aus dem Poincaré die Berechtigung für ein getrenntes Vorgehen gegen Deutschland ableitet. Rioz erklärte, daß die Urheber des Vertrages von Poincaré gemachte Auslegung im Auge hatten. Ein Sachverständiger dagegen, der am Friedensvertrag mitgearbeitet hat, erklärte, daß der Sinn der sei, daß jede

Regierung getrennt vorgehen könne, wenn es sich um Fragen handle, die nur eine einzige Regierung angehe wie z. B. die Viehlieferungen an Frankreich und Belgien. Wenn es sich aber um die Reparationen handle, die alle Alliierten angehen, so läme der Ausdruck „respectif“ nicht zur Anwendung.

Die Zeitung bemerkt dazu: Der Schluß von alledem ist, daß keine Einigung besteht zwischen Leuten, die sich alle auf einen juristischen Text stützen. Wenn es aber auch gewiß wäre, daß Frankreich und England gesetzliche Gründe haben, abzubrechen, so bleibt doch noch zu wissen übrig, ob sie daran ein Interesse hätten.

#### Sanktionen oder Reparation?

□ Paris, 23. Mai. Der belgische Delegierte in der Reparationsfrage, Delacroix, äußerte sich einem Mitarbeiter des „Ere Nouvelle“ gegenüber über die Reparationsfrage. Eine etwaige Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich würde die Arbeiten der Finanzsachverständigen unmöglich machen. Denn Amerika und die Neutralen würden Deutschland nur leihen, wenn ihre Gelder nicht gefährdet würden. Frankreich und Belgien mühten jedoch endgültig die Wahl treffen. Sie mühten sich darüber schlüssig werden, ob sie die Mitwirkung der Neutralen für den Wiederaufbau verlangen oder allein Expeditionen nach Deutschland unternehmen wollten. Die Besetzung des Ruhrgebietes würde sehr große Hindernisse bereiten und einen Marktzurs zur Folge haben, der die Verhandlungen des Wiedergutmachungsausschusses nur erschweren könne. Deutschland werde sich auf eine Anleihe nicht einlassen, falls diese ganz den Alliierten zufallen solle. Die Alliierten würden die Anleihe ablehnen, falls der größte Teil derselben für die Innenbedürfnisse Deutschlands bestimmt sei. Der Gewährsmann der „Ere Nouvelle“ erklärt weiter, die Geldgeber würden zweifellos verlangen, daß die Alliierten ein für allemal auf militärische Sanktionen verzichten. Frankreich und Belgien würden zu einem Verzicht auf drei bis vier Jahre bereit sein, da die Anleihe die Sicherheit gewähre, daß Deutschland in diesen Jahren seine Verpflichtungen erfülle. Aber die Alliierten mühten die Möglichkeit zu behalten, nach Ablauf dieser Frist wieder gegen Deutschland vorzugehen, falls es seine Verpflichtungen unerfüllt lassen sollte.

#### Ein englisches Blaubuch über Genua.

□ London, 22. Mai. Im Unterhause erklärte Chamberlain in Erwiderung auf verschiedene Anfragen, die Debatte über die Genuakonferenz werde am Donnerstag stattfinden. Sir Worthington Evans werde die Erörterung im Namen der Regierung eröffnen und eine allgemeine Erklärung abgeben. Der Premierminister werde auf die Kritik warten, ehe er weitere Darlegungen geben werde. Ein Blaubuch würde bezüglich der Genueser Verhandlungen vorbereitet und befindet sich augenblicklich im Druck. Er hoffe, daß das Blaubuch den Mitgliedern morgen nachmittag zur Verfügung stehe.

Ein Parlamentsmitglied fragte, ob das Blaubuch Mitteilungen enthalte, woraus die genaue Art und die genauen Zwecke der Haager Konferenz sowie die Aufzeichnungen ersichtlich seien über die Erörterungen, die in Genua stattfanden. Ob es nicht den Wünschen des Hauses mehr entspräche, daß der Premierminister die Debatte über Genua eröffne? Chamberlain erwiderte, das Blaubuch werde alle notwendigen Akten enthalten, jedoch nicht die Aufzeichnungen über die verschiedenen Unterredungen in Genua. Worthington Evans könne besser die Darlegung der in Genua erreichten Abmachungen geben, als der Premierminister. Chamberlain erklärte weiter, er wolle dem Hause nicht verheimlichen, daß der Premierminister die Art der Kritik kennen lernen wolle, die gegen ihn gerichtet werden würde, bevor er sein Recht zu sprechen in Anspruch nehme.

Auf die Frage Sir Donald Maclean's, ob Chamberlain wisse, daß dies für einen Premierminister ein völlig neues Verfahren sei, der von einer Konferenz, die die Welt interessiert, zurückkomme, worüber er allein genaue Mitteilungen machen könne, und ob Chamberlain sich Rechenschaft davon ablege, daß die Ansicht der Premierminister sollte die Erörterungen eröffnen, auf der Oppositionsseite weit verbreitet sei, erwiderte Chamberlain, er habe bemerkt, daß Donald Maclean und seine Freunde immer sehr danach streben, daß der Premierminister zuerst spreche, um Gelegenheit zu haben, ihm zu antworten.

#### Genuadebatte im Reichstag.

□ Berlin, 24. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Im Ältesten-Ausschuß des Reichstages hat man sich, wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, gestern nun doch entschlossen, den Fragenkomplex, der mit der Genueser Konferenz zusammenhängt, in einer Generalausprache zu erörtern. In den Kreisen der Regierung und auch innerhalb der Parlamente hat man vielfach den Wunsch geäußert, diese Ausprache zu vermeiden oder sie wenigstens nach dem 31. Mai zu vertagen. Aber der Erfüllung dieses Wunsches stellen sich rein vom Standpunkt der Parlamentstechnik schwere Hemmnisse entgegen; so hat man sich denn entschieden, den Dingen, die man doch nicht aufhalten konnte, freien Lauf zu lassen, immer in der Hoffnung, die bei der jeweiligen Verfassung der deutschen Volkspartei sich freilich leicht als utopistisch erweisen kann, daß allzu schmerzliche Engleistungen unterbleiben werden.

#### Der Vertrag von Rapallo vor der französischen Kammer.

□ Paris, 23. Mai. Kammer und Senat haben heute nachmittag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. In der Kammer hielt der Kammerpräsident Raoul Beret die Trauerrede für den während der Ferien verstorbenen langjährigen Präsidenten des Hauses Paul Deschanel. Namens der Regierung widmete ihm Poincaré Worte der Anerkennung und Trauer, als dem ehemaligen Präsidenten der Republik.

Im Senat hielt Senatspräsident Bourgeois die Gedächtnisrede. Sowohl die Kammer als auch Senat fordern zum Zeichen der Trauer, die Sitzung aufzuheben.

Eine Stunde später ist die Kammer wieder zusammengesessen und hat beschlossen, sofort in die Diskussion der vorliegenden Interpellationen einzutreten. Zu den vorliegenden neun Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung und über die Konferenz von Genua ist eine 10. hinzugekommen, die der Sozialist Marcel Sembat eingebracht hat. Vor der Beratung dieser Interpellationen stand zur Debatte eine Interpellation des Abg. Lacotte über die Petroleumfrage, eine Interpellation des Abg. Chappedelaine über die Orientfrage, sowie eine dritte Interpellation über die Zwischenfälle in Gleiwitz und Petersdorf in Oberschlesien.

Nachdem Ministerpräsident Poincaré sich zur Diskussion dieser Interpellation der Kammer zur Verfügung gestellt hat, ergreift das Wort der Abg. Lacotte, um in der ihm eigenen scharfen Weise über den Petroleumkrieg zwischen England und Amerika, dessen Kosten auch Frankreich zu tragen habe, zu sprechen. Im weiteren Verlauf der Kammerdebatte erklärt Abg. Lacotte, Minister Barthou habe sich in der Petroleumfrage von England ins Schleppjau nehmen lassen. Frankreich solle direkt mit Amerika, ohne die Vermittlung von England, verhandeln. Nachdem Abg. Chappedelaine auf die Begründung seiner Interpellation über die Orientpolitik vorher verzichtet hat, ergreift

André Tardieu

das Wort. Er erinnert daran, daß ein amerikanischer Schriftsteller erklärt habe, der Vertrag von Rapallo kennzeichne, daß Rußland und Deutschland glaubten, die durch den Sieg geschaffene Lage sei beseitigt. Entspräche dieses amerikanischen Wort der Wahrheit? Diese Verhandlungen seien zwischen den Alliierten und Deutschland geführt worden. Sie hätten die Rechte vernachlässigt, die Frankreich aus dem Friedensvertrag von Versailles hätte erwarten können, und schließlich habe man sich in Genua an die gleiche Tafel mit den Vertretern der Sowjets gesetzt. Das könne nicht so weitergehen. Bei jeder diplomatischen Verhandlung werde das französische Recht der Gegenleistung verkannt. Es sei eine angelsächsische These, daß es weder Sieger noch Besiegte geben soll, daß man über die Vergangenheit den Mantel der Vergessenheit lege und daß man nur den wirtschaftlichen Materialismus in Betracht ziehe. Das seien die Argumente von Keynes, der einer der stärksten Propagandisten der angelsächsischen These sei. Diese Thesen würden auch von Finanzleuten unterstützt, die ebenso wenig wie die Sozialisten Grenzen kennen. (Lebhafter Widerspruch der Sozialisten.)

Trotz dieses Widerspruches bleibt Tardieu bei seiner Behauptung, indem er mit Namen englische und amerikanische Bankiers nennt, die sich bemüht, diesen Thesen zum Siege zu verhelfen. Frankreich behindere diese Finanzleute, deren Aufgabe durch die Laftache erleichtert worden sei, daß die Regierenden in Frankreich oft dazu beigetragen hätten, die Verträge zu distanzieren, die die Rechte Frankreich sicherstellten. Das alles sei in Genua stärker denn je in die Erscheinung getreten. Zum erstenmal seien die Besiegten anwesend gewesen, aber nicht wie in Spa als Besiegte, sondern auf dem Fuß der Gleichheit. Die französische Regierung habe zwar die Vorsicht gehabt, sicherzustellen, daß von den Reparationen und von der Entwaffnung nicht gesprochen werde, aber sei der von englischer Seite vorbereitete Friedenspakt nicht die Vorbereitung der Entwaffnung? Die Wirtschaftstheorie von Keynes sei dadurch bestätigt worden, daß man die Wiederaufrichtung der beiden Besiegten verlangte, bevor Deutschland und Rußland hätten daran denken wollen, das Unrecht wiedergutmachen, das sie der zu Unrecht angegriffenen Ration zugefügt hätten. Tardieu weist auf den ersten Charakter des Vertrages von Rapallo hin. Er sei nicht nur ein Zweibund, sondern durch die Regierung von Angora auch ein Dreibund. Er habe umso größere Bedeutung, als durch die wirtschaftliche Hilfe Rußlands die Entwaffnungslaufe unnötig werde. Er wundere sich, daß nach der Veröffentlichung dieses Vertrages Frankreich die Lieferung von Waggons und Lokomotiven an Rußland habe ins Auge fassen können. Er befürchte, daß die französische Delegation nach der Veröffentlichung dieses Vertrages nicht die Haltung eingenommen habe, die notwendig gewesen wäre. Tardieu spricht alsdann von der Zurückziehung der Interaktion Frankreichs unter dem Memorandum an die russische Delegation und ersucht den Ministerpräsidenten Poincaré, der eine Bemerkung machen will, ihn nicht zu unterbrechen. Wenn Frankreich nicht drei Tage verloren hätte, bevor es sich der These Caspar's angeschlossen habe, hätten Frankreich und Belgien noch andere Mächte für ihren Standpunkt gewinnen können.

Ministerpräsident Poincaré bemerkt, die französische Regierung sei vollkommen frei, nicht nach dem Haag zu gehen; sie werde jedenfalls nichts ohne die Zustimmung des Parlaments unternehmen.

Tardieu hält trotzdem seine Behauptung aufrecht, daß Frankreich gegenüber dem Vertrag von Rapallo und der Zusammenkunft im Haag keine genügend starke und klare Stellung eingenommen habe. Er spricht alsdann von der wirtschaftlichen Solidarität, die während des Krieges die Alliierten gerettet habe und die jetzt nicht mehr vorhanden sei. Er beklagt, daß die englische und die amerikanische Regierung dem Druck ihrer Kaufleute nachgegeben. Dadurch erlöse sich die Wirtschaftskrise und auch die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Tardieu bedauert, daß die französische Regierung in Genua die angelsächsische These vom wirtschaftlichen Materialismus nicht dadurch bekämpft habe, daß allein die Interalliierte Solidarität mehr dazu hätte beitragen können, den Wirtschaftskrisen wieder herbeizuführen, als die Wiederaufrichtung der Besiegten.

Die Regierung hätte erklären müssen, daß Frankreich gefestigt habe, um die Völker von Estland, Lettland, von Böhmen und von Polen zu befreien und daß bei den französischen Soldaten die wirtschaftlichen Fragen niemals den Sieg über die Frage der internationalen Moralität donongetragen hätten. Wenn Frankreich verlange, daß man sein Recht nicht anlasse, so sei das nicht wegen des eigenen Ruhms, sondern wegen der allgemeinen Sicherheit Europas halte man die Wacht am Rhein.



Darauf kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Republikaner Daudet und den Sozialisten, so daß sich Tarbieu nur mit Mühe Gehör verschaffen kann. Er sagt zum Schluß, seit zweieinhalb Jahren habe man immer weiter hinter, und wenn man die Reichsbede nicht ändere, werde das fortgesetzt. Man müsse nicht, wie in Genoa, eine Zusammenarbeit mit den Feinden von gestern, sondern mit den Willkürlichen suchen.

Die Weiterberatung wird darauf auf Mittwoch vertagt.

Die Gefahr für das linke Rheinufer.

Paris, 24. Mai. Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Mitteilung des Komitees für das linke Rheinufer:

Die am Samstag, den 20. Mai in Paris versammelten Mitglieder des Komitees für das linke Rheinufer haben von den letzten Zwischenfällen in Aachen, von den verbrecherischen preussischen Versuchen zur Störung der öffentlichen Ordnung und zur Hinderung der Trennungsbewegung in den Rheinlanden Kenntnis genommen und eine Entschlieung gefaßt, worin unter anderem verlangt wird: Unterdrückung des Postens des Reichskommissars, Errichtung einer Vertretung der Rheinlande in Koblenz, sofortige Ausweisung der Agenten des Heimdienstes, der Gewerkschaftssekretäre und Führer der preussischen Parteien sowie der unerwünschten preussischen Beamten, Bestrafung und Ausweisung des Polizeidirektors von Aachen und strenge Ueberwachung der Zeitungen des besetzten Gebietes.

Dazu bemerken die R. N. R.: Wir waren auf diesen Vorstoß schon längst gefaßt. Es steht jetzt hart auf hart. Wir erwarten von unserer Regierung, daß sie die wenigen Rechte, die uns der Versailler Vertrag in einem Gebiet läßt, das nicht den Franzosen, sondern uns gehört, mit äußerster Schärfe verteidigt. Wenn die Franzosen jetzt offen Gewalt anwenden, so können wir sie nicht daran hindern. Sie sollen dann aber wenigstens vor der Welt als Friedensbrecher gebrandmarkt werden. Gegen diese Launen, uns nach dem Ruck von Eupen und Namur und dem Saarlande unsere Rheinlande abspenstig zu machen, werden wir uns mit allem Nachdruck wehren.

Amerika und die Haager Konferenz.

Paris, 23. Mai. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington verlautete gestern aus Kreisen der Regierung, daß, obwohl die Vereinigten Staaten sich an der Konferenz im Haag im nächsten Monat nicht aktiv beteiligen würden, die Regierung zweifellos durch einen inoffiziellen Beobachter vertreten sein werde. Das Blatt nennt den amerikanischen Geschäftsträger im Haag Louis Süssdorf als für diese Aufgabe bestimmt.

Vor der Uebergabe Oberschlesiens.

Berlin, 24. Mai. Wie dem „S. A.“ aus Breslau gemeldet wird, sind die oberschlesischen Ueberleitungsverhandlungen soweit fortgeschritten, daß der Zeitpunkt der Uebergabe, die sich strichweise vollziehen wird, nunmehr ungefähr festgelegt werden kann. Man kann damit rechnen, daß sie Mitte Juni beginnt. Ende Juni dürften sie beendet sein. An einem, und zwar voraussichtlich dem ersten Tage der Uebergabe wird das Eisenbahnwesen des polnischen Oberschlesien in polnische Verwaltung übergeben werden. Am gleichen Tage beginnt der Einmarsch des polnischen Militärs in den polnischen, und der Reichswehr in den deutschen Teil des Landes. Polizeikräfte folgen unmittelbar. Es ist vorgesehen, daß das polnische Militär, das bis dahin an den Grenzen bereit gestellt wird, mit seiner Reiterrei womöglich bis zur neuen Landesgrenze vorrückt. Die Ueberleitung der Verwaltung wird dann im ganzen reichlich zwei Wochen in Anspruch nehmen. Aber sie wird auch dann erst sozugen im Rohbau vollendet sein.

Abbau der interalliierten Behörden.

Berlin, 24. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Wie aus Breslau gemeldet wird, beginnt der Abbau der interalliierten Behörden in Oberschlesien. Sämtlichen Angehörigen der Kreiskontrollkommissionen ist zum 15. Juni gekündigt worden. Zum Abtransport der französischen Truppen sind Eisenbahnwagen zum 10. Juni angefordert. Calonder, der bekanntlich zum Präsidenten der Gemischten Kommission ernannt worden ist, soll in diesen Tagen bereits in Oberschlesien eintreffen. Die Gemischte Kommission wird ihren Sitz in Rattowitz haben. Calonder sind je zwei deutsche und polnische Mitglieder beigegeben, welche entweder aus Oberschlesien gebürtig oder durch ihre Tätigkeit mit den dortigen Verhältnissen vertraut sein müssen. Neben der Gemischten Kommission wird es noch eine besondere Schiedsinstanz, ein Schiedsgericht, geben, das in Beuthen, also in Deutsch-Oberschlesien zusammenzutreten soll. Zu seinem Leiter ist Professor Katenbeck in Aussicht genommen.

Weiterberatung des Wirtschaftsetats.

Berlin, 24. Mai. (Von unserem Berliner Büro.)

Im Reichstage gab es heute zunächst eine Reihe kurzer Anfragen zu beantworten, unter anderem eine Anfrage der Kommunisten wegen der Auslieferung des Anarchisten Boldrini, der 30 Menschen durch seinen Bombenwurf im Mailänder Theater vom Leben zum Tode befördert hatte, in welcher Tat man ein politisches Motiv nicht hätte erblicken können. Im übrigen ist so die Bäckenhastigkeit der juristischen Zeitfolge für unser gegenwärtiges Auslieferungsgesetzfahren bei der Interpellationsdebatte im preussischen Landtage allseitig anerkannt und von der Regierung eine Neuregelung in Aussicht gestellt worden, die Anfragen, wie diese künftighin gegenstandslos machen wird.

Bei der nun folgenden Weiterberatung des Wirtschaftsetats sagte ein Unabhängiger über den Antrag an geforderten Arbeitern; aber sind es nicht gerade die Linksparteien, die durch ihre invidiöse Lohnpolitik jeden Weg zur Beseitigung der Handfertigkeit im Reime erschweren? Ueberhaupt erinnert das Geschehen der Linken über den Niedergang des Handwerks ein wenig an die heuchlerische Zeremonie des Meisters Reinede. Der Sprecher der Unabhängigen gab dann noch eine Menge alter Weltweisheiten über die Wirtschaftskrise zum besten; über das gleiche Thema — freilich mit etwas mehr Sachverständniss — ließen sich auch die übrigen Redner aus. Herr Dr. Wildemeister von der Deutschen Volkspartei meinte, daß nur die Erhellungspolitik, der seine Partei nach wie vor kritisch gegenüberstehe, uns dahin gebracht habe, wo wir augenblicklich stehen: Wirten in einer papiernen Scheinblüte, die das Ausland leider noch immer für echt zu halten geneigt ist.

Der Demokrat Wieland greift der Genua-Debatte, die auf den Anfang der kommenden Woche angesetzt ist, vor. Die Konferenz habe, äußerte er, politisch Mißtrauen gemacht. Nur in den Wirtschaftskommissionen sei der erste Grund zu positiver Aufbaubarbeit gelegt worden. Ein Fragezeichen muß man hinter die Behauptung des Zentrumsabgeordneten Korthaus setzen, der die Anschauung vertrat, um Deutschlands Zukunft trüge hier zu Lande außer ein paar Amtsstellen niemand Sorge. Uns scheint es, daß Herr Korthaus der Allgemeinheit Unrecht tut, denn die bittere Note zwingt Millionen Deutscher, sich aufs angelegentlichste um den kommenden Tag zu bangen; dagegen sagte Herr Korthaus über die unheimlich wachsende Macht der Kartelle und Syndikate, die mit ihren Polypenarmen unser gesamtes Wirtschaftsleben umfassen, noch manch treffendes Wort. Ein deutschnationaler Redner begründete in später Stunde die Interpellation seiner Partei über die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk. Staatssekretär Hirsch deutete in wenigen Umrissen die Grundzüge des Gesetzes an, das im Schoße der Regierung über diese Frage ausgearbeitet wird.

Das Pensionskürzungsgezet.

Berlin, 23. Mai. Im Haushaltsausschuß des Reichstages erstattete der Abg. Hoch (Soz.) Bericht über die Verhandlungen des Unterausschusses, der die Aufgabe hatte, in der Frage des Pensionskürzungsgezet die gegensätzlichen Ansichten der Fraktionen durch Erreichung eines Kompromisses auszugleichen. Der Redner betonte, daß trotz des weitgehenden Entgegenkommens der Sozialdemokraten das Kompromiß nicht zustande gekommen sei. Nach längerer Debatte wurde der Gesetzentwurf in abgedänderter Form vorgenommen. Daranach bleibt bis zur Höhe von 90000 Mark das Einkommen bei der Kürzung unberücksichtigt.

Das Ruhegehalt einschließlich des Teuerungszuschlages und zwar der Teuerungszuschläge zuerst, wird um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das gesamte Arbeitseinkommen das gekürzte neue Einkommen übersteigt. Die Hälfte des Ruhegehaltes ausschließlich des Teuerungszuschlages muß jedoch den Ruhegehaltsempfängern verbleiben. Das gilt sinngemäß auch für die Wartegeldempfänger und für die Beamten, die unter Befassung des vollen Gehalts vom Amte entbunden sind.

Berlin, 24. Mai. (Von un. Berl. Büro.) Wie der „Vorwärts“ mitzuteilen weiß, sollen die großen Sommerferien des Reichstages am 28. Juni beginnen. Nach den Vorkäuflichen, die am 18. Juni zu Ende gehen, wird der Reichstag also nur noch 14 Tage im Dienste sein.

Aus dem Reichsrat.

Berlin, 23. Mai. Der Reichsrat beschäftigte sich mit dem in Genf abgeschlossenen deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien. Das Abkommen enthält 606 Artikel und ist länger als der Versailler Vertrag. Der Reichsrat erklärte sich gemäß dem Ausschuß-Beschluß einverstanden, dem Abkommen in folgenden Punkten zuzustimmen: Der Reichsrat gewährt dem deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien seine Zustimmung. Er tritt ausdrücklich der Erklärung bei, die der deutsche Bevollmächtigte, der deutsche Minister a. D. Scheffer, vor Unterzeichnung des Vertrages in der öffentlichen Sitzung zu Genf am 15. Mai 1922 in Bezug auf die deutsche Kriegserklärung gegen die Entscheidung der Vorkonferenz vom 20. Oktober abgegeben hat.

Der Reichsrat genehmigte dann ebenfalls noch dem Ausschuß-Beschluß die neue Verordnung, welche die Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetze betreffend bedeutend erhöht. Ueber die wesentlichen Punkte dieser Verordnung haben wir feinerzeit berichtet. Die Gebühren für Zeitungen sollen nach der Reglementvorlage für eine Zeitungsnummer im Durchschnittsgewicht bis 20 Gramm von 3 auf 4 Pf. erhöht werden und in 4 weiteren Abstufungen von 20, 40, 60 und 80 Gramm auf 5, 10, 15 und 18 Pf. Die Gebühren auf die schwerere Klasse der Briefe haben die Ausschüsse diesen Satz etwas herabgesetzt. Er beginnt nunmehr mit 5 Pf. Die Mindestgebühr für den Vertrieb einer Zeitung soll von 1000 bis 1200 Pf. auf 8 Pf. erhöht werden. Die Erhöhung für die Verpackung der Zeitungen für den Postversand für je 100 Nummern im Durchschnittsgewicht einer Nummer bis 20 Gramm soll von 10 Pf. auf 1,50 Pf., bei 30-40 Gramm von 15 Pf. auf 1,70 Pf., über 40-60 Gramm von 20 Pf. auf 2,10 Pf. und über 60-80 Gramm von 25 Pf. auf 2,30 Pf. erhöht werden. Die Fernsprechnetze wurden um 100 Prozent erhöht. Die neuen Erhöhungen sollen mit Inkrafttreten, nämlich am 1. Juli in Kraft treten. — Zu dem Gesetzentwurf über die Zwangsanzleihe erstattete Geheimrat Finanzrat Demasch Bericht. Die Ausschüsse haben die Vorlage in wesentlichen Punkten geändert und zwar dahin, daß unmittelbar nach Abschluß der zinslosen Zeit, also vom 1. November 1922 ab, bereits 4 Prozent Zinsen gezahlt werden. Eine weitere Änderung bezieht sich dann auf die Freigrenze. Die Vollversammlung nahm die Beschlüsse des Ausschusses an.

Die Reichseisenbahnen.

Ablehnung des Sanierungsvorschlags der deutschen Industrie.

Berlin, 23. Mai. Der Organisationsausschuß des Reichsvereins der deutschen Industrie hat die Beratungen zu der von dem Reichsverband der deutschen Industrie als Vorschlag zur Gesundung der Reichseisenbahnen herausgegebenen Abhandlung über die deutsche Eisenbahnfrage fortgesetzt und in einer endgültigen Stellungnahme abgeschlossen. Die bisher von anderer Seite über den Verlauf der Verhandlungen des Ausschusses erschienenen Presseäußerungen greifen infolgedessen nicht nur dem endgültigen Beschluß des Organisationsausschusses vor, sondern sind auch nach dem sachlichen Inhalt geeignet, falsche Darstellungen über die Stellungnahme der einzelnen Vertreter sowie des Ausschusses in der Gesamtheit zu erwecken.

Die vom Reichsverband der deutschen Industrie herausgegebene Denkschrift zerfällt in zwei voneinander scharf abgegrenzte Teile. Im ersten Teile wird die derzeitige Länge der Reichseisenbahnen der Vor- und Nachkriegszeit einer scharfen Kritik unterzogen. Der zweite Teil baut sich auf dieser Kritik auf und versucht, positive Vorschläge für die künftige organisatorische und wirtschaftliche Neugestaltung der Reichsbahn zu bringen.

Die vom Organisationsausschuß zu beiden Teilen bestellten Berichterstatter kamen zu folgenden Ergebnissen: Hinsichtlich der derzeitigen Länge der Reichseisenbahnen wurde festgestellt, daß die Sachverständigenurteile nicht zu einer objektiven Darstellung gekommen sind. Sie machten keinen ernstlichen Versuch, den in der Denkschrift errechneten unangünstigen Zahlungsergebnissen in ihren Urteilen, vor allem in den Folgen des Krieges und den Nachwirkungen steigenden Gründen sachlich nachzugehen. Vor allem aber ist die statistische Rechenführung sehr einseitig angefaßt und teils falsch, teils unvollständig ausgewertet. So wird z. B. bei dem Vergleich zwischen den Leistungen der Eisenbahnen in der Vor- und Nachkriegszeit nicht einmal die erhebliche Verbesserung des Betriebes berücksichtigt. Besonders muß auf-

fallen, daß die Denkschrift auch die schlechte Finanzlage der Reichsbahnen lediglich auf die Erhöhung der persönlichen Aufwendungen und den Rückgang der Leistungen des Personals zurückführt, aber mit keinem Wort auf die starke absolute, ja sogar relative Steigerung der sachlichen Aufwendungen eingetht.

Die im zweiten Teil gemachten positiven Vorschläge für die Umstellung der Reichseisenbahn in eine gemeinwirtschaftliche Gesellschaft mit überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft werden durch die Feststellung der sachlichen Voraussetzungen der Kritik erschüttert. In einer Hinsicht kann zwar eine Uebereinstimmung der Denkschrift mit den Ansichten und Absichten des Organisationsausschusses festgestellt werden. Der Organisationsausschuß hat von jeher die Zusammenführung der privatrechtlich betriebenen Reichsbahnen zur Überführung eines so großen Betriebsunternehmens wie die Reichsbahn in eine größere Bewegungsfreiheit in dem Einfluß von Material und Personal vertreten. Der Ausschuß hält aber die Erreichung dieser Ziele eine Änderung der Betriebsform, wie sie die Denkschrift vorschlägt, für notwendig. Auch die Gutachter des Reichsvereins sind von der Wirkungskraft in der ihnen vorschwebenden Gesellschaftsform offenbar nicht so ohne weiteres überzeugt, wie sie sich den Anschein geben. Denn ihre Überlegung auf dreifache Tariffreiheit und die von ihnen vorgeschlagenen Uebergangsbedingungen liegen jenseits der durch die Formveränderung an sich bedingten Vorteile. Die niedrigeren Freiheiten auf tariflichem Gebiet kann die Reichsbahn auch die finanziellen Schwierigkeiten leichter überwinden. Wenn sie sich bisher von gemeinwirtschaftlichen Rücksicht in ihrer Preispolitik hat tragen lassen, so hat sie damit mehr Verständnis für die Notwendigkeit der Volkswirtschaft bewiesen, als die Sachverständigen des Ausschusses.

Schon diese kurze Charakteristik der wesentlichen Gedankensätze der Denkschrift dürfte eine hinreichende Begründung dafür sein, daß der Ausschuß am Schlusse der Beratungen zu einem ablehnenden Urteil über die von den Gutachtern vertretenen Standpunkte gelangt ist. Die von der Reichsbahnverwaltung vorgesehenen Maßnahmen hält der Organisationsausschuß noch wie vor für die geeignete Grundlage zu einer nachhaltigen Gesundung der Reichsbahn.

Keine Verschmelzung der Internationalen.

Berlin, 24. Mai. (Von un. Berl. Büro.) Die sog. Reunionskommission ist gestern von den Kommunisten gesprengt worden. Schon zu Beginn der Sitzung hatte Herr Kadel über die deutschen Behörden Klage geführt, welche ihn in seiner Tätigkeit für den Weltkongress und die proletarische Einheitsfront störten. Nach einer längeren Debatte, in der namentlich MacDonald den Kommunisten allerlei bittere Vorwürfe vorbrachte, erklärte Herr Kadel, er müsse darauf bestehen, daß in dieser Sitzung die Einberufung des Weltkongresses beschlossen würde. Darauf trat Herr Adler dafür ein, noch einmal an die Exekutive zu berichten; aber die Kommunisten, die von vornherein dieser Absicht in die Sitzung gekommen waren, blieben ungerührt und erklärten, daß ihre Aufgabe als Mitglieder der Reunionskommission erledigt sei und vollzogen ihren Auftrag. Im „Vorwärts“ wird erklärt, die Zweite Internationale nationale sei bereit, mit den französischen Sozialisten und anderen, der Wiener Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien zusammen, praktische Arbeit zu leisten. In der „Freiheit“ erklären die Herren Adler, Braude und Crispian, daß sie die Hoffnung aufzuspannen und möglichst eine neue internationale Konferenz einberufen zu wollen, wobei mit dem Ziel und Programm der Einheitsfront.

Deutsches Reich.

Die große Koalition in Braunschweig.

Braunschweig, 23. Mai. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtages gab der Präsident bekannt, daß die Fraktionen des Landeswahlverbandes in die Fraktion der deutschen Volkspartei mit 15 Abgeordneten und in die Fraktion der deutschen nationalsozialistischen Volkspartei mit 8 Abgeordneten umgruppiert habe. Die große Koalition der Deutschen Volkspartei, Demokraten und Reichheitssozialisten ist zustande gekommen. Nach Uebernahme des Antrages der Unabhängigen auf Auflösung des Landtages und auf Neuwahlen, der nur die Unterstützung durch die Kommunisten und die deutsche nationale Volkspartei verlor, Abg. Junke eine Erklärung der Unabhängigen abgegeben und jede Koalition mit den Bürgerlichen abgelehnt wird. Die neugewählten Regierungsmitglieder erklärten sich mit der Wahl einverstanden.

Baden.

Vor dem Ende des Metallarbeiterstreiks.

Karlsruhe, 23. Mai. Im Arbeitsministerium fanden am Dienstag unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Dr. Engler Verhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks statt. Die Verhandlungen nahmen nahezu den ganzen Tag in Anspruch und endeten mit dem Ergebnis, daß die anwesenden Vertreter vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Organisationen, — die aber sicher zu erwarten ist — sich der Arbeitszeitfrage dahin einließen, das Währungsrecht kommen anzunehmen. Auch in der Lohnfrage wurde eine Einigung erzielt. Der gelehrte Arbeiter soll einen Stundenlohn zwischen 26 und 27 Mark erhalten. Das Lohnabkommen gilt bis zum 1. Juli d. J., der Rantelvertrag bis zum 30. Juni 1923 verlängert worden.

Zum Streik im Zementwerk Leimen.

Nachdem der durch die Sprengung der Drahtseile verursachte Schaden wieder behoben war, wurde die Arbeit ohne Unterbrechung am 17. ds. im Weimarer Zementwerk nach einem vorher einmütigen Beschluß der terrorisierten Belegschaft wieder aufgenommen, so daß gegen Ende der letzten Woche das Werk in Vollbetrieb war. Die Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiter, insbesondere gegen die Mitglieder des Deutschen Reichsbundes (Gesamtverband nationaler Arbeitervereine) haben es nicht vermocht, die Belegschaft gegen ihren Willen zu einem Streik zu bewegen. Die Mitglieder des Hirsch-Dantes Gewerkschafts im Zementwerk haben die Konsequenz aus dem Verhalten ihres Führers gezogen und sind zum Deutschen Arbeiterbund übergetreten.

Karlsruhe, 23. Mai. Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat mit der Beratung des Voranschlags des Reichsvereins begonnen. Finanzminister Adler gab zunächst Ueberblick über die finanzielle Lage ab. Er meinte, die Lage sei eine labile, bedauerlich, da nach Möglichkeit in den nächsten Jahren die Ausgaben nicht mehr als die Einnahmen gedeckt werden könnten. Er meinte, es sei eine Ueberlegung erforderlich, die Ausgaben zu kürzen und die Einnahmen zu erhöhen.



Städtische Nachrichten.

Die Wegführung der Schloßmöbel.

Beschwerde des Stadtrats an das Staatsministerium.

(Aus der Stadtratsitzung vom 22. Mai.)

In der Angelegenheit der Verschleppung von Einrichtungsgegenständen des Mannheimer Schlosses richtete der Stadtrat an das badische Staatsministerium, zu Händen des Herrn Staatspräsidenten, folgende Beschwerde:

Die Verwaltung der Stadt Mannheim verhandelt schon seit dem Jahre 1919 mit dem Finanzministerium wegen Veräußerung kunstgeschichtlich, kunstgewerblich und künstlerisch wertvoller Ausstattungsgegenstände des hiesigen Schlosses zum Zwecke der Wiedererrichtung der Brunnräume in diesem. Diese Verhandlungen haben im Jahre 1920 das Ergebnis gehabt, daß seitens des Herrn Finanzministers Röhler bei verschiedenen Besprechungen mündlich zugesagt wurde, die aus dem Mannheimer Schloss nach Karlsruhe bereits verbrachten Ausstattungsgegenstände würden, soweit und sofern sie in Karlsruhe für staatliche Zwecke nicht oder nicht mehr benötigt werden sollten, nach Mannheim zurückgebracht werden; die jetzt noch im Mannheimer Schloss befindlichen geschichtlich und künstlerisch wertvollen Möbel für Zwecke der Einrichtung des Arbeitsministeriums würde verzögert. Die städtische Verwaltung hat im festen Vertrauen auf diese Erklärungen des Herrn Finanzministers Röhler die Angelegenheit vorläufig ruhen lassen, ohne auf ihrem bisherigen Antrag zu bestehen, wonach durch eine Sachverständigen-Kommission, der auch Vertreter der städtischen Verwaltung und des Altertumsvereins angehören sollten, der frühere Zustand, die jetzige Verwendung und die spätere Bestimmung der künstlerisch und geschichtlich wertvollen Ausstattungsgegenstände des Schlosses alsbald festgestellt werden sollten.

Am Samstag, den 20. Mai 1922 ist nun auf unmittelbare Anordnung von Herrn Ministerialrat Dr. Hirsch eine größere Anzahl von künstlerisch wertvollen Möbeln aus dem hiesigen Schloss nach Karlsruhe verbracht worden. Von dieser Verbringung hat Herr Ministerialrat Dr. Hirsch, der den ganzen Freitag, den 21. Mai über in Mannheim gewesen ist, in der städtischen Verwaltung nicht die geringste Mitteilung gemacht worden. Die Verschleppung der Möbel sollte im Gegenteil, wie Ministerialrat Dr. Hirsch städtischen Vertretern gegenüber bei einer telephonischen Unterhaltung im Laufe des Vormittags des 20. Mai 1922 jagte, ohne Vorwissen der städtischen Verwaltung in Zusammenhang erfolgen. Es war deshalb angeordnet worden, daß das Ausführen und Verladen der Möbel in der Nacht des 20. Mai 1922 von 3 Uhr morgens an hinter verschlossenen Türen vorgenommen werden sollte. Die städtische Verwaltung hat von diesem Vorhaben ganz zufällig Kenntnis erhalten. Soeben ist die Vorführung bei dem Herrn Finanzminister vonseiten des Oberbürgermeisters blieben unberücksichtigt und sogar unbeantwortet. Nicht einmal ein Aufschub des Transportes wurde zugeworfen, obwohl dieser von verschiedenen städtischen Vertretern Ministerialrat Dr. Hirsch gegenüber bei der vorerwähnten telephonischen Unterhaltung dringend erbeten wurde. Es wurde vielmehr von Herrn Ministerialrat Dr. Hirsch und ebenso von Herrn Finanzminister Röhler persönlich dem Bezirksbauamt gegenüber am Samstag Mittag gegen 1 Uhr telephonisch angeordnet, daß der Transport ohne Berücksichtigung des Einpruchs der Stadt unverzüglich und unweigerlich stattzufinden hätte.

Der Stadtrat muß mit der städtischen Verwaltung in diesem Bezugs des Herrn Finanzministers Röhler einen Bruch der von ihm der städtischen Verwaltung wiederholt gemachten Zusicherungen und ferner eine erneute außerordentlich feindselige Richtung der dem Finanzministerium seitens des Mannheimer Bürgervereins, die noch durch die Nichterhaltung der städtischen Verwaltung verläßt wird. Der Stadtrat legt daher gegen diese Handlungsweise des Herrn Finanzministers, indem er an das bei der Entfernung der von den Brunnräumen Figuren aus der Michaelskapelle beobachtete Verfahren schärfste Verwahrung ein. Was zum Schloß künstlerisch oder künstlerisch gehört und was zur Erfüllung der städtischen Aufgaben des Schlosses notwendig ist, darf ihm nicht entfernt werden — das fordert die gesamte Bevölkerung Mannheims. Der Stadtrat fordert demgemäß weiter auf Grund einstimmig gefassten Beschlusses, daß

1. die entgegen der Zusage des Herrn Finanzministers Röhler am 20. Mai d. Js. aus dem Schloss entfernten künstlerisch wertvollen Möbel unverzüglich zurückgegeben werden,
2. nun alsbald die schon wiederholt gewünschte Sachverständigen-Kommission eingesetzt wird, damit diese bei festem Stand und die jetzige Verwendung des Schlossmöbels und insbesondere feststellen möge, welche Möbel als kunstgeschichtlich, kunstgewerblich und künstlerisch wertvoll für die Wiedererrichtung der Brunnräume des Schlosses bestimmt werden,
3. die von der Sachverständigenkommission für das Schloss bestimmten Möbel der Stadtverwaltung unverzüglich zu Verfügung überlassen und

4. zur vorläufigen pfleglichen Aufstellung bzw. Aufbewahrung dieser Möbel der Stadtverwaltung alsbald der Ritterfall und die beiden anstößenden Säle überwiesen werden möchten.

Die Stellungnahme der Haushaltskommission des badischen Landtages.

In der Haushaltskommission des badischen Landtages ist Montag abend bei Besprechung des Etats des Finanzministeriums auch die Befugnis der Mannheimer Schlossmöbel zur Sprache gelangt. Leider hat sich der Haushaltsausschuß trotz des Protestes der Abgeordneten Freudenberg und Strobel auf den Standpunkt gestellt, daß die Möbel nicht nach Mannheim zurückgebracht werden sollen. Zu diesem außerordentlich bedauerlichen Beschluß sollen, wie man hört, auch Versicherungen von zwei Mannheimer Abgeordneten beigegeben haben, die von einer Erregung in Mannheim nichts bemerkt haben wollen. Man sollte doch von einem Mannheimer Abgeordneten erwarten, daß er zum mindesten Mannheimer Blätter liest. Dann hätte er, wenn es ihm sonst nicht zum Bewußtsein gekommen ist, doch recht deutliche Spuren der hochgradigen Erregung und Empörung, die in weitesten Kreisen der hiesigen Bevölkerung herrscht, bemerken können. Wir rechnen bestimmt darauf, daß diese Aussprüche im Haushaltsausschuß nicht das letzte Wort gewesen ist, das in dieser, Mannheims Ehre aufs höchste kränzelnden Angelegenheit gesprochen wurde.

Zur Orientierung unserer Leser geben wir nachstehend den Bericht wieder, den die amtliche Karlsruh. Ztg. über die Stellungnahme der Haushaltskommission veröffentlicht.

Im Haushaltsausschuß des Landtags kamen am Montag nachmittag die von den Abg. Freudenberg und Strobel eingebrachten Interpellationen zur Behandlung, welche die Entnahme einer Anzahl Stühle und des Thronessels aus dem Mannheimer Schloss betrafen. Der Finanzminister erklärte, daß das Mannheimer Schloss Eigentum des badischen Staates sei und daher auch die Möbel dem Staate gehören. Die Stühle hätten auf dem Speicher des Mannheimer Schlosses gelegen, seien älterer Garnitur und besäßen keinen künstlerischen Wert mehr. Für den „Jähringer Hof“ in Baden benötigte man aber 50 Stühle, da man für dieses dem Staate gehörige Hotel, die Bestuhlung zu stellen habe. Es wäre sonst dem Staate ein Aufwand von rund 100 000 Mark entstanden. Die übrigen Stühle seien für den Erfrischungssaal des Landtags bestimmt; aber dessen Einrichtung werde an der Kassenprache scheitern. Der Thronstuhl sei bereits früher im Bruchhäuser Schloss gewesen und solle zu dem Jubiläum des dortigen Schlosses wieder dorthin kommen. Nicht mitten in der Nacht seien die Möbel nach Karlsruhe abgeholt worden, sondern morgens um 7 Uhr. Das Finanzministerium konnte sich zu seinem Vorgehen für berechtigt halten.

In der Aussprache vertrat ein sozialdemokratischer Redner aus Mannheim die Ansicht, daß die Aufregung in Mannheim berechtigt und verständlich sei, denn man habe die Möbel weggeführt, ohne den Oberbürgermeister in Kenntnis zu setzen. Die Möbel seien von jeher in Mannheim gewesen und müßten auch wieder dorthin kommen. Auch ein demokratischer Vertreter erklärte, die Aufregung in Mannheim solle man nicht unterschätzen; man habe früher dem Oberbürgermeister die Zusage gegeben, ohne ein Einverständnis mit ihm wird nichts weggeführt. Ein Ausweg muß gefunden werden. In ähnlichem Sinne äußerte sich ein Mannheimer Vertreter des Landtags. Die anderen Sprecher stellten sich auf den Standpunkt des Finanzministeriums. Es sei kein Grund zur Aufregung in Mannheim vorhanden. Die meisten Mannheimer klammerten sich gar nicht darum, ob diese alten Stühle im Mannheimer Schloss oder anderswo wären. Sie setzten wieder nach Mannheim zurückzubringen, sei unter keinen Umständen anständig. Der Staat wäre schlecht beraten, wenn er mehr als 100 000 M. für neue Stühle (für den „Jähringer Hof“) ausgeben würde, wenn er diesen Betrag durch Entnahme von ungebrauchten Stühlen in den Schlössern sparen könnte. Man hätte bei der Wegführung anders vorgehen können, aber sachlich sei das Vorgehen des Finanzministeriums nicht zu beanstanden. Allgemeine Interessen könne man nicht ohne weiteres einer Stadt opfern. Zudem sei man auf die Zusammenarbeit zwischen Staat und Stadt angewiesen. Auch die Besorgnisse gegen den Ministerialrat Hirsch seien ungerichtet, er habe nur die ihm gegebenen Anweisungen ausgeführt. Damit war die Aussprache erledigt.

Schon wieder Wassermot.

Die Wochen und Monate des vergangenen Jahres, in denen wir unter einer sehr erheblichen Wassermot zu leiden hatten, sind uns noch in guter Erinnerung. Es waren heiße Tage. Der glühende Sonnenschein sandte unbarmherzig quälende Strahlen auf die Erde, daß überall Dürre entstand. Man kennt noch all die Ermahnungen und Bitten der Direktoren der Wasserwerke, in denen sie zum sparsamsten Verbrauch rieten, um eine Wasserfatastrophe zu vermeiden.

Dieses Jahr hätten wir nicht geglaubt, daß wir schon wieder so rasch und plötzlich von einer Wassermot überfallen würden. Wasser ist doch in den vergangenen langen Wintermonaten in Gestalt von Schnee und Regen genug auf die Erde gefallen. Ja, es regnete und schneite soviel und anhaltend, daß wir aufatmeten, als vor knapp 10 Tagen, endlich die Sonne siegreich durchbrach. Nach kaum 10 Tagen Sonnenschein haben wir, wie die Direktion der städtischen Wasserwerke heute im Anzeigenteil mitteilt, bereits wieder Wassermangel. Der Verbrauch ist in den

letzten Tagen von durchschnittlich täglich 29-30 000 Kubikmeter auf 40 000 Kubikmeter gestiegen. Das ist die 5-fache Menge, die unsere Wasserwerke in Mannheim zu bewältigen vermögen. Aus diesem Grund sieht sich das städtische Wasserwerk veranlaßt, schon in den nächsten Tagen Sperrungen zu treffen, um die Wasserzufuhr der Bevölkerung nicht zu gefährden.

Wäre es aber nicht besser, die städtische Bevölkerung lieber etwas reichlich mit Wasser zu versorgen, schon aus gesundheitlichen Gründen, und darnach zu streben, die Leistung unserer Wasserwerke zu steigern, indem man sie künstlich erweitert und ausbaut? — Es ist nämlich ein altes Sprichwort, daß man Wasser und Brot zum Leben braucht. Bei dem stetigen Ausbau und Vergrößerung unserer Stadt bekommen wir sonst leicht einen chronischen Wassermangel.

— 10 000 Mark Belohnung für Ermittlung des Mörders des Kaufmanns Kronsrau. Für Ermittlung des Täters, der am Montag abend den Kaufmann Sina Kronsrau in seinem Laden ermordet hat, oder diejenigen Personen, die Angaben zu machen imstande sind, die zur Festnahme des Täters führen können, hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

II. Vorschläge für die Ruhegehaltsempfänger und Beamtenwitwen. Der Haushaltsausschuß des Landtags hat den Finanzminister ermächtigt, den Ruhestandsbeamten und den Beamtenhinterbliebenen auf die Erhöhung auf 1. April und 1. Mai Vorschläge zu dürfen, weil die endgültige Festlegung und Anweisung dieser Erhöhungen immerhin einige Wochen in Anspruch nehmen wird. Die Vorschläge können nach dem jetzigen Stand der Dinge Anfangs Juni ausbezahlt werden.

III. Ein Pfund Ärsen 10 Mark. Die „Bruchhäuser Zeitung“ meldet aus Unteröwisheim, daß die Besitzer von Kirschbäumen dort bereits jetzt Angebote auf die Kirschenernte erhalten. Man nennt einen Preis von 10 Mark für das Pfund. — Auch in den Kirschenerreichen Gegenden des Markgräflerlandes scheinen solche Frühaufkäufer ihr Wesen zu treiben, denn das Bezirksamt Müllheim warnt vor Abschluß von Verträgen über Kirschenerntelieferungen zu heute schon festen Preisen, da Angemessenheitspreise bereits in Aussicht ständen.

Veranstaltungen.

3. Theaternachricht. Die 4. Vorstellung im Rahmen der Deutschen Opernwache „Die Reiterfinger von Nürnberg“ am Freitag, 26. ds. Mts., in welcher Kammerfänger Karl Erb-München die Partie des „Walter Stöcking“ singt, gewinnt noch dadurch an besonderem Interesse, daß Generalmusikdirektor Egon Pollat-Hamburg die musikalische Leitung übernommen hat.

3. Karl Berger, der sich bereits mit gutem Erfolge im vorigen Jahre bei der Mannheimer Konzertgemeinde einführte, wird am kommenden Freitag, den 26. Mai, mit Johannes Stegmann am Flügel wieder von Richard Strauß, Wolf und Schumann zum Vortrag bringen.

Aus dem Lande.

ch Aus dem Schwarzwald, 23. Mai. Die Baumbäume neigt sich dem Ende zu, nur noch einige Tage wird man die blütenreichen Bäume in ihrer Schönheit bewundern können. Die Anfänge sind größtenteils gut und es ist bei günstigem Wetter Aussicht vorhanden für eine schöne Ernte. Die Kartoffelbauzeit ist beendet. Ein Regen wäre wieder vorzuziehen, denn die Beeten sind rauh und schollig.

(1) Konstanz, 24. Mai. Auf dem hiesigen Friedhof wurde vom einem Grabmal die etwa 75 Zentimeter hohe und 45 Zentimeter breite bronzene Gedenktafel, die einen Wert von etwa 10 000 Mark darstellte, vom Steine abgehraubt und gestohlen.

Sofortige Linderung bei Asthma!

ist vielen Leidenden in Mannheim gewährt worden.

Wenn irgendein Asthmalidender in dieser Stadt noch daran gezweifelt hat, ob die Ansprüche, die für „Dr. Schiffmanns Asthmador“ erhoben werden, der Wahrheit entsprechen, so schwinden diese Zweifel, wenn er unter denjenigen war, welche in voriger Woche eine Gratisprobe erhielten. Eine große Anzahl von Personen, die das Pulver ausprobierten, haben gefunden, daß es sofortige Linderung gewährte; daß die bösen Anfälle gehemmt wurden; daß freier Auswurf stattfand; daß eine liegende Stellung schnell eingenommen werden konnte; daß der Schlaf, der dann folgte, ruhig und ununterbrochen war, und daß der Morgen einen klaren Kopf und ein Gefühl freudiger Dankbarkeit brachte.

Zahlreiche freiwillige Zeugnisse beweisen, daß „Dr. Schiffmanns Asthmador“ nicht nur sofortige Linderung auch in schlimmen Fällen bewirkt, sondern auch viele geheilt hat. Das Heilmittel wird jetzt von fast allen Apotheken verkauft, so daß es für jedermann erreichbar ist. Sollte irgendein Leser es jedoch bei seinem Apotheker nicht erhalten können, so wende er sich an Dr. Schiffmanns Niederlage, Victoria-Apotheke, Berlin, Friedrichstr. 10, von wo es gegen Nachnahme zugesandt werden wird. Bestandteile 34,90 Prozent Kaliumnitrat, 51,10 Prozent Fol. Datura Arborea, 14 Prozent Symplocarpus Foetidus.

Der Gerhart Hauptmanns 60. Geburtstag.

Der Ehrenauschuß für die Gerhart Hauptmann-Festspiele, welche im August ds. Js. in Breslau stattfinden, loben folgenden Aufruf:

Gerhart Hauptmann feiert in diesem Jahre seinen 60. Geburtstag. Der Dichter steht an einem bedeutungsvollen Abschnitt wie auf dem Gipfel eines Berges, zurückblickend auf den langen, heilen Weg seines Lebens und seines Schaffens. In allen seinen Werken spiegelt sich kein anderes Dichterverständnis das deutsche Wesen, gleich durch seinen künstlerischen Wert und durch seine menschliche Spannweite zur Weltliteratur, zum allgemeinen Kulturgut. Keiner der lebenden deutschen Dichter hat in gleichem Maße vom Dichter empfangen und mit gleicher Stärke ins Volk gewirkt, wie Gerhart Hauptmann, ohne daß er jemals um diese Wirkung gewacht hätte. Keiner von den lebenden deutschen Dichtern hat wie er in gleichem Maße die Schätzung der gesamten Kulturwelt und von leibschäftlichem Respektum; es ist erfüllt von dem Bewußtsein einer künstlerischen Persönlichkeit. Die innige Verbindung mit seinem Mutterboden, die Auswirkung seines Schaffens auf andere Nationen machen ihn zum Repräsentanten deutschen Geistes.

Wir rufen das deutsche Volk auf, mit dem Dichter zurückzublicken auf sein Werk. Die Gaben, die ihm geboten werden soll, sind sein eigenes Geschenk an die Kulturwelt. Seine hervorragenden Werke sollen in der Hauptstadt seiner engeren Heimat, in Breslau, von den besten Künstlern Deutschlands unter der Leitung der ersten Spieltheater dargestellt werden.

Die Gerhart Hauptmann-Festspiele, die vom 8. bis zum 21. August ds. Js. im Stadt- und Hoftheater, sowie in der für diesen Zweck eingerichteten Jahreshalle Breslaus stattfinden, sollen die Deutschen aller Stände vereinen. Sie sollen, über die Grenzen hinausgehend, nicht nur auf deutsches Kulturgut beschränkt, sondern auch zeigen, daß eine Nation selbst unter Verzicht auf materielle Räumlichkeiten, selbst unter Not und Verachtung ihre kulturellen Werte zu schätzen weiß. Sie sollen in der Woche schwersten wirtschaftlichen Drucks ein Bewußtsein zum Vorschein bringen und das Bewußtsein eines Volkes, an seinem Tiefsten und Tiefsten festzuhalten.

Das deutsche Volk ehrt nur sich selbst, wenn es dem Dichter dankt, der die Quelle aller seiner glücklichen und schmerzlichen Erfahrungen mit weher Liebe aufdeckt, indem er seinen Florian Geyer dem Volke der Deutschen Zwietracht mitten ins Herz zielen läßt.

Wäge dieses brennende Wort zu Schanden werden vor dem einmütigen Willen der Deutschen, ihren Dichter festlich zu grüßen. Dem Ehrenauschuß gehören die leitenden Staatsmänner und namhaften Persönlichkeiten der Literatur, Presse und Bühnenswelt an.

Kunst und Wissen.

Die Mannheimer Volkstheaterwarte (Urania) — Ede Friedrichsbrüder-Freudenheimer Promenade — wurde schon bei ihrer Eröffnung von über 1000 Personen besucht. Jung und alt zeigte das höchste Interesse an den wunderbaren Himmelserscheinungen und prachtvollen Naturdarstellungen. Aus Liebe zum Volk hat Oberlehrer a. D. Adolf Mang in hochherziger Weise beschlossen, wie bei seiner Heidelberger, so auch bei der Mannheimer Volkstheaterwarte jedermann freien Zutritt zu gewähren. Da die ganze Natur in den Bereich der Betrachtung der Mannheimer Urania gezogen wird, so ist diese unerlässlich an edelster Belehrung für hoch wie nieder. Die Beobachtungen können jeden Mittwoch von 8-9 Uhr angestellt werden.

Prof. Dr. Ing. Richard Woerle, der Oberingenieur des Maschinenwesens der Geis u. Wälfinger L.G. in Mannheim, erhielt einen Ruf als ordentlicher Professor auf den Lehrstuhl für Förderanlagen, Hebe- und Baummaschinen an der Technischen Hochschule zu Danzig-Longfur als Nachfolger von Professor Annund.

Mein Heimatland. (Badische Blätter für Volkstum, ländliche Wohlfahrtspflege, Heimat und Denkmalschutz.) Regierungsrat G. Graef leitet das 3. Heft mit einem „fränkischen Landschaftsbild“ ein. Das altertümliche, liebe Städtchen Adelsheim, am Kreuzpunkt alter Heerstraßen, umgrenzt von Laubwald-Höhen und fastigen Wiesengründen, Obst- und Hausgärten, grüht uns mit Giebeln, Dächern und Türmen, aus denen die Vergangenheit ebenso vornehmlich redet wie die Gegenwart. Aus dem übrigen Inhalt sei u. a. erwähnt: „Der Bruchsaler Sommertag“ von H. J. Schreiber, der die Erinnerung an den gemächlichen Volksbrauch unserer Vorfahren und zugleich Freude über das Bestreben weckt, diese Bräuche zu erhalten. In Bruchsal findet am 18. Juni wieder der uralte Sommertag (zum Schloßjubiläum verschoben) statt, und an manches Alten Herz wird froh schlagen mit den tausend Kinderbergen, die heute sich schon rüsten zur feierlichen Benz-Begrüßung. Wanderfreunde lenkt H. Walten durch „Ein Wegweiser“ auf Bildstöcke und Wegkreuze und weist Herz und Sinn auch für diese alten schönen Denkmalsteine. Die letzte Seite bringt die Einladung zur Vandesversammlung und die zur Zweijahresfeier des Bruchsaler Schlosses. Die Tagesordnung und Programme sind so reichhaltig und vielseitig, offenbaren gleichzeitig die Dräsen, ge-

matlichen Bestrebungen, daß am Erfolg nicht zu zweifeln ist. Das wertvolle und reich mit Bildern geschmückte Heft führt sicherlich dem Landesverein „Badische Heimat“ eine ganze Anzahl neuer Anhänger zu, was wir wirklich im Interesse der guten Sache wünschen.

Frankfurter Uraufführung. „Der blaue Heinrich“ — man denkt an die bekannte vielgelächerte Soldatenkomödie und findet, daß die beiden Schwanenfiguren Otto Schwarz und Georg Bengel mit dem Titel eine völlig verkehrte Assoziation hervorriefen. Denn gelangt wird in diesem Stücke auf ziemlich derbe und nicht gerade heiler nachspürende Weise der Gegensatz zwischen „Bürgerlich“ und „Adlig“, und der Titelträger ist ein hochgebildeter, ahnenstolzer Graf, dem sich der tüchtige Papierfabrikant Sch. als Schwiegersohn nicht fügen und beugen will. Es kommt zur Scheidung, und nachdem die Gräfin-Lochter eine stüchtige Heiratsepiode mit dem Dattel ihres ersten Mannes gehabt hat, findet sie in einem Selbstmordman und Großhändler endlich den „Richtigen“. „Ende gut, alles gut.“ Das gilt hier auch in technischer Beziehung, denn ein paar gut gearbeitete Aktstücke, die von der lebendigst forschenden Darstellung des Neuen Theaters noch herausgehoben wurden, mußten über manche faden Stellen des Dialogs hinwegsehen. Immerhin gibt der Schwan mit seiner reichlich genutzten Situationskomik Gelegenheit zur Unterhaltung, und so war der Erfolg dieser Uraufführung, die vor allem an Otto Wallburg einen vergnüglichen Darsteller hatte, besiegelt: Belustigung, starker Beifall und viele Hervorrufe der beiden Autoren. Die Kritik darf mit den Stimmen aus dem Publikum feststellen: „Man lachte“ ...

Nordische Woche in Dresden. Die Ausstellungsleitung der Jahreschau deutscher Arbeit in Dresden hat sogenannte internationale Wochen arrangiert, von denen die erste in den Tagen vom 12. bis 17. Juni in Dresden unter der Bezeichnung „Nordische Woche“ abgehalten wird. Die Begrüßung der Scandinavian wird im Festsaal des Rathauses stattfinden. U. a. wird Frau Bolborg-Sveerström, die Dresdener Künstlerin Terani-Biede, die ebenfalls Nordländerin ist, und die Kammerfängerin Etelblad aus Berlin mitwirken. Die Studierenden der Akademie der bildenden Künste werden zu Ehren der nordischen Gäste ein großes nordisches Fest veranstalten.

Der Ehreng Luther steht nach einer Zeitungsanzeige augenblicklich in einem Berliner Geschäft zum Verkauf aus. Am 13. Juni 1525 verheiratete sich Martin Luther in Wittenberg mit Katharina von Bora, und der Ring, den damals — also vor beinahe 400 Jahren — Melancthon, der das Paar in der Schloßkirche zu Wittenberg traute, der Braut an den Finger steckte, hat sich angeblich, wie Beglaubigungsschreiben besagen sollen, von Beschädigt zu Gesicht unter den Nachkommen Luthers übererbt. Nunmehr kommt die ehrwürdige Reliquie in den Handel.











